



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Klaus Adelt, Stefan Schuster, Horst Arnold, Florian Ritter, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Arif Taşdelen, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

**zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Joachim Hanisch u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Manfred Ländner u. a. CSU zur Änderung der Gemeindeordnung, Landkreisordnung, Bezirksordnung und weiterer Gesetze zur Bewältigung der Corona-Pandemie;
hier: Kein rückwirkendes Inkrafttreten
(Drs. 18/13024)**

Der Landtag wolle beschließen:

In § 6 (Inkrafttreten) wird Abs. 2 aufgehoben und die Absatzbezeichnung „(1)“ entfällt.

Begründung:

Die Anordnung eines rückwirkenden Inkrafttretens erscheint weder zweckmäßig noch erforderlich. Im Sinne der Rechtssicherheit und -klarheit ist auf ein rückwirkendes Inkrafttreten zu verzichten. Die Kommunen bewältigen die Corona-Pandemie inzwischen seit einem Jahr. Es wäre demnach genug Zeit gewesen, Rechtsgrundlagen anzupassen, sodass für eine Rückwirkung hier kein Raum ist.